

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsanstalt: Leipzig.  
Königsplatz, Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:  
Gebrauchsbank, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch  
Postsendung vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland  
5.00 M., für Ausland 7.10 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn-  
und Feiertage. — Telegrafische Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Redaktion: Weimarerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Weimarerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Insertionspreis: die 7 gespaltene Kompositorenzeile 50 Pfennig, darauf  
10 Prozent Ersetzungszuschlag. — Quotanten sind im Voraus zu bezahlen. —  
Eine Verpfändung zur Aufnahme von vorgeschriebenen Texten kann nicht  
angenommen werden. — Für Briefwechselungen werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. 77.

Dresden, Donnerstag den 3. April 1919.

30. Jahrg.

## Streikverhandlungen in Berlin.

### Hilflose Hegez.

In Frankfurt ist es zu Plünderungen und Straßenkämpfen gekommen, weil die Kartoffelration herabgesetzt worden ist. So wenig der Rot durch Unruhen abgehalten werden kann, so sehr kann man es begreifen, daß schließlich Hungergründe zum äußersten getrieben werden. Gleichzeitig aber streifen im Ruhrgebiet viele Tausende von Vergleuten, durch die unabhängig-spartakistische Agitation dazu verleitet. Sie streifen und damit gewissermaßen die Nahrungsmittel, die wir jetzt aus dem Auslande bekommen können, vor der Nase weg, denn diejenigen Ware, die am ehesten vom Auslande als Bezahlung für die Lieferung von Nahrungsmitteln angenommen wird, ist die Kohle.

Die Unabhängigen und Spartakisten schäumen vor Enttäuschung darüber, daß die Regierung alles tut, was sie kann, um die Bevölkerung zu beruhigen, um den für unser Volk so lebensgefährlichen Streiks ein Ende zu machen. Danach könnte es so aussehen, als wenn sie irgend ein Mittel in der Tasche hätten, um die Not unseres Volkes, die doch die eigentliche Ursache des immer wieder aufflammenden Streifens ist, zu bannen. Die Herrschaften, die die Arbeiterklasse immer wieder in Streifpuffs hineintreiben, sollen doch endlich einmal sagen, wie sie dem deutschen Volke helfen wollen. Geraus mit der Sprachel Ab und zu kommt ja von einem ganz hirnverbrannten Spartakusfanatiker der Hinweis auf die russische Hilfe, die wir erhalten könnten, wenn wir uns mit Rußland verbünden, ein Hinweis, der nur das Höflichste des deutschen Volkes erregen kann, denn in Rußland müdet der Hunger noch ärger als bei uns. Also dieser Hinweis, der von den verantwortlichen-unabhängigen Agitatoren nur Reden geschickt, aber den Weg haben sie uns nicht gezeigt, der dem deutschen Volke die Erlösung aus seinem Elend bringen soll. Sie wissen auch keinen, wenigstens keinen andern als den, den auch die Regierung und die Reichssozialisten beschreiten wollen.

Als die Herren Unabhängigen noch mit in der Regierung saßen, da haben auch sie sich bemüht, dem Streikfieber zu steuern, und der ehemalige Volksbeauftragte Paris hat gesagt, daß die Revolution nicht zu einer großen Lohnbewegung ausarten dürfte. Und wie ist's denn in Leipzig geworden, wo es die Herren Dr. Hegez und Konfortien schließlich so weit gebracht hatten, daß alle Räber stillstanden? Die Herren bekamen es mit der Angst zu tun, daß ihnen von den Arbeitern die Köpfe eingeschlagen würden. Und es blieb ihnen in ihrer Rot nichts andres übrig, als mit Waffengewalt beim Oberbürgermeister 400 000 Mark zu requirieren.

Auch sonst haben wir wiederholt gesehen, daß den Herren von der äußersten Linken angst und bange wurde, wenn sich die Früchte ihrer Tätigkeit zeigten. Sie haben dann, wie zum Beispiel in München und in Mannheim, schleunigst mit den so arg bekämpften Rechtssozialisten gemeinsame Sache gemacht, um die aufgeregte Bevölkerung, der auch sie nicht das bieten konnten, was die Massen wollen und brauchen, zu beruhigen. In Frankfurt sehen wir, daß sich sogar die Kommunisten mit den Vertretern unserer Partei zusammengesetzt haben und die Volksmassen zur Ruhe auffordern. Also auch den radikalen Herren von der unabhängigigen und kommunistischen Partei bleibt schließlich nichts andres übrig, als die Verhandlungspause erlösen zu lassen, denn mehr Brot können sie dem Volke auch nicht geben.

Gerade das an sich gewis vernünftige Verhalten der Kommunisten und Unabhängigen in Frankfurt zeigt, wie sinnlos die ganze Streikputzerei ist. Es gibt eben nur einen Weg, um das deutsche Volk aus der ärgsten Not zu befreien. Wir müssen sehen so viel wie möglich Waren zu produzieren, was damit wir im Austausch dafür das hereinbekommen, was wir brauchen. Jeder, der dem deutschen Volke etwas andres empfiehlt, wird die Erfahrung machen müssen, daß er schließlich verurteilt muß, die Wogen zu glätten, die er selbst erregt hat. (sonst muß er befürchten, daß ihm von den Volksmassen der Schädel eingeschlagen wird. Diese Erfahrung haben unsere ganz Radikalen schon wiederholt gemacht, leider ohne daß sie überakt die notwendigen Konsequenzen daraus gezogen haben. Aber die deutschen Proletarier sollten aus den Vorgängen in Frankfurt und anderwärts die Lehre ziehen, daß ihnen die Befolgung der spartakistisch-unabhängigen Rezepte nichts nützt. Eine Erlösung unseres Volkes aus dem Elend, in dem wir so tief drinnen liegen, ist nur möglich, wenn die Arbeiter sich bemühen, von unterm Wirtschaftselben alle vermeidbaren Strömungen fernzuhalten.

### Spartakistische Tyrannei.

Wie zu erwarten, haben die Maßnahmen, welche die Regierung gegenüber dem angekündigten Generalstreik im Ruhrgebiet ergriffen hat, bei den Unabhängigen und Spartakisten ein großes Entrüstungsgeschrei ausgelöst. Sie, die der Gewalt durchaus nicht abhold sind, wenn sie nur von ihnen selber als den ersten angewendet wird, sehen in ihr den Inbegriff alles Übels, sobald andre als Gegenmittel zu ihr greifen. Wir sind gewis keine Anhänger der Gewaltanwendung, aber bisher haben die Unabhängigen uns noch kein

Beleg gezeigt, wie man ohne Gewalt gegenüber Menschen auskommen soll, die selber die Gewalt überall zu haben glauben.

Wodurch ist es in Berlin, in Bremen, im Ruhrgebiet und in Halle zu Blutvergießen gekommen? Nach der unabhängigigen Presse lediglich durch das Einwirken der Regierungstruppen. Wenn aber schon vor dem Einrücken der Regierungstruppen Opfer gefallen sind, wozu lag das? Nach der unabhängigigen Presse lediglich an der Brutalität und Dummheit der regierungssozialistischen Machthaber.

Jetzt aber Frankfurt a. M.! Dort ist Polizeipräsident der Genosse Dr. Sinsheimer, ein begeisterter Anhänger des Rätegedankens und geschworener Feind des alten Militärsystems. Der Schlag der Nacht lag in den Händen revolutionärer Matrosen und organisierter Arbeiter. Und was hat sich trotzdem dort abgespielt? Ein jugendlicher Volkskämpfer ist über die Sicherheitsmannschaften hergefallen, hat die Polizeiwachen gestürmt und alle Geschäfte am Ziel sowie große Hotels vollständig ausgeplündert. Einzelne Angehörige der revolutionären Sicherheitskräfte wurden verfolgt und mißhandelt, ein seit wenigen Tagen verheirateter junger Mann in den Main geworfen und dort ertränkt. Um einigermaßen Ordnung zu schaffen, mußten die Sicherheitsmannschaften von der Waffe Gebrauch machen, und die Stadtverwaltung mußte eine Art Belagerungszustand verhängen. Elf Tote, vier Mannschaften und sieben Zivilisten, sind in den Kämpfen geblieben.

Nach der vierjährigen Kriegserfahrung gibt es unter den jetzigen elenden sozialen Zuständen überall Elemente, die zu Ausschreitungen geneigt sind. Auch von Unabhängigen und Kommunisten nicht dieses Gesindel absichtlich vorkommen, erregnen sich Ausschreitungen. Wo diese aber da planmäßig organisiert werden, muß jede Regierung von der Waffe Gebrauch machen. Die Vorwürfe der Unabhängigen gegen die Regierung, die deswegen erhoben werden, sind unmaß und heuchlerisch.

Sämtliche Parteien haben gestern morgen einen gemeinsamen Aufruf in den Zeitungen erlassen, der zur Ruhe mahnt. Der Aufruf ist auch von den Unabhängigen und Kommunisten unterschrieben.

Der in Frankfurt durch die Plünderungen angerichtete Schaden beträgt nach den Berechnungen der Versicherungsgesellschaften etwa 5 Millionen Mark!

In Stuttgart hat der dritte Streiktag wieder mehrere Opfer gefordert. In einem der belächelten Punkte der Stadt, am Wilhelmshaus, wurde von der Sicherheitsabteilung mehrmals auf Zusammenkünfte geschossen. Dabei sollen einige Personen getötet und verletzt worden sein. Den ganzen Tag über hörte man in der inneren Stadt Schüsse und Schreie, und vereinzelt auch das Einschlagen von Fensterräumen. Zu größeren Zusammenstößen ist es nirgends gekommen. Die Streikleitung hat für gestern und heute die Parole ausgegeben, den Streik fortzusetzen bis zum Siege oder bis zur Ermordung. Dem Gegenstreik haben sich nunmehr auch die Bauern angeschlossen. Seit gestern findet die Milchlieferung fast gänzlich statt. 6000 Liter Milch, die erwartet wurden, sind nur 30 Liter eingetroffen. Auch sonst ist die Ernährung der Bevölkerung auf's schmerzliche gefährdet. Die Übergangung ist vollständig eingestellt worden, so daß weder zum Kochen noch zur Beleuchtung Gas zur Verfügung steht. Die Vorräte an Mehl reichen kaum für einige Tage. Die Bäckereien des Konsumvereins wurden von den Spartakisten gewaltsam geschlossen. Die Arbeitslosen- und Krankenunterstützungen konnten wegen Geldmangels nicht ausgezahlt werden, da auch die Banken sich dem Proteststreik des Bürgerturns angeschlossen haben. Die Stuttgarter Streiknahrungsmittelstellen, die sich an den politischen Streiks nicht beteiligen, sind gestern in den Streik getreten.

Die mittelhessische Regierung, die keine Verhandlungen mit den Spartakisten führt, erklärt, vollständig Herr der Lage zu sein. Die zahlreichen Versammlungen der Spartakisten unter freiem Himmel wurden alle durch die Sicherheitskommissionen zerstreut. Außerhalb Stuttgarts ist in Würtemberg alles ruhig.

Was dem Ruhrgebiet nicht über teilweise Verschärfung der Streiklage und teilweise Abflauen berichtet. Nach einer Meldung des Bochumer aus Bochum sei die Zahl der Streikenden zurückgegangen. Auf vielen Hegen wurde schon wieder gearbeitet. Nur dort, wo die Spartakisten die Oberhand hätten, werde noch gestreikt. Bedenklicher lautet eine Meldung des Berliner Tageblattes aus Essen von gestern nachmittag 3 Uhr, nach der sich die Streiklage bedenklich verschärft haben soll: „Aus allen Zellen kommen Meldungen über neue Arbeitsstellen, sobald es scheint, als ob der Streik doch schließlich allgemein werden wird. Im Essener, Mühlheimer und Völkropfer Bezirk hat der Ausbruch auf die große Mehrzahl der Hegen stattgefunden. Auch im Bezirk von Dortmund, Bochum, Herne, Witten und Neudorf sind zahlreiche weitere Hegen vom Ausbruch betroffen.“

In Weimar a. d. M. sind bei der Firma Thissen & S. die gesamten Angestellten, nachdem die Firma die Gehaltsforderungen abgelehnt hatte, gestern vormittag in den Ausbruch getreten. Die Arbeiterschaft verliert politische Resignation. Das ganze Werk wurde stillgelegt.

Nach dem Berliner Tageblatt sind bereits am Dienstag zwei Abordnungen der streikenden Arbeiter bei dem Arbeitsminister Bauer in Weimar eingetroffen, der bereits mit ihnen Besprechungen abgehalten hat. Er ist mit ihnen gemeinsam nach Berlin geehrt, um dort in erster Verbindung mit dem Reichsminister die Aussprache fortzusetzen. Die Verhandlungen wurden gestern nachmittag in Berlin mit dem Reichsarbeits- und dem Reichernährungsminister fortgesetzt. Die Regierung ist bereit, den

von den Vergleuten aufgezwungenen Kampf mit Entschiedenheit fortzusetzen. Die Regierung ist nicht bereit, gegenüber unersättlichen Forderungen nachzugeben.

### Angestelltenstreik in der Berliner Metallindustrie.

Gestern vormittag um 10 Uhr sind die Metallindustrie und kaufmännischen Angestellten in der Berliner Metallindustrie in den Ausbruch getreten. Die Zahl der Streikenden, unter denen sich alle Angestelltenkategorien befinden, Oberingenieure, Ingenieure, Zeichner, Feldner, Buchhalter, Expedienten, Zeichner, Buchhalter und Stenographen, beläuft sich nach einer ungefähren Schätzung auf über 30000. Laut Hoff. Jg. begann heute im Reichsarbeitsamt ein Einigungs-Verfahren der Regierung, die in dem Streik in der Metallindustrie zwischen den Parteien zu vermitteln sucht. Die Verhandlungen sind noch im Gange.

### Beobachtung des Bergarbeiterstreiks im Saarrevier.

Zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Saarrevier und der Bergpolizei wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach vom 15. April an die achtstündige Arbeitszeit für das Saarrevier und die Bergpolizei unter Umrechnung der Löhne eingeführt wird. Der Streik wurde daraufhin abgebrochen.

### Sach besteht auf Danzig.

Die Agence Havas verbreitet eine Meldung des Vizekönigs von Danzig, wonach Sach den deutschen Unterhändlern in Spa sagte, daß die Entente fordere, gestützt auf das Recht, das ihr der Waffenstillstandsvertrag verleihe, daß Danzig dem Divisionen des Generals Gallor geöffnet werde. Sach werde Erzberger eine Frist von 48 Stunden zur Rückänderung gewähren.

Dasselbe, wenn auch in anderer, milderer Fassung, berichtet Daily Chronicle, das Dagan Lord Georges: „Man erzählt, daß heute der Rat der Vier mit Marshall Sach und dem Generalen Wilson und Dag beriet. Es wurde beschlossen, die Gallorsche Division über Danzig nach Polen zu schicken. In Spa wird Marshall Sach Erzberger mitteilen, welche Sicherheiten der Verband treffen will, um zu verhindern, daß durch den Durchzug der Polen in diesen Gebieten Unruhe entsteht.“ Sach wird in Spa mit dem Vierer-Rat in Verbindung bleiben.“ Man wird abwarten müssen, wie die vom Verband uns zugesagten Garantien aussehen, ehe die deutsche Entscheidung gefällt werden kann.“

### Die Blockade.

Dem schwedischen Roter Kreuz wurde seitens der Blockade-Kommission der Alliierten die Erlaubnis, 5000 Meter Feinseide für Krankenzwecke nach Deutschland ausführen zu dürfen, verweigert.

### Beschlüsse der Internationalen.

Amsterdam, 2. März. Dem Telegraf zufolge beschloß das Vollzugskomitee der internationalen sozialistischen Arbeiterkonferenz auf einer am Mittwoch in Paris abgehaltenen Sitzung, für den 26. April nach Amsterdam eine Versammlung der permanenten allgemeinen Kommission einzuberufen, um über die Fragen zu beraten, die auf der Konferenz in Bern nicht erledigt werden konnten. Es handelt sich hauptsächlich um territoriale Fragen. Außerdem wird die Konferenz in Amsterdam die durch den Vorfrieden geschaffene Lage untersuchen und die Haltung besprechen, die man gegenüber der Gründung einer Internationalen in Moskau einnehmen will. Außerdem soll erwogen werden, wie die sozialistische Presse entwickelt werden kann. Man wird auch über die Einberufung eines neuen internationalen Kongresses, der wahrscheinlich im August in der Schweiz stattfinden wird, Beschluß fassen.

### Die Freiheit warnt ...

Die Freiheit veröffentlicht folgende Warnung, die ein wahrhaftes Zeichen der Zeit ist:

In den letzten Tagen mehren sich die Fälle, in denen hochverdächtige Personen sich an Parteigenossen heranbringen und ihnen Pläne zur Beschaffung von Waffen und zur Befreiung bestimmter Personen der Regierung unterbreiten. Auch wir müssen uns jetzt täglich solchen Gesandten erwehren. Der Zweck ist deutlich! Man braucht einen neuen Vorwand zur Entfesselung des Bürgerkriegs.

Genossen, seid auf der Hut!

Die Freiheit ist leider nicht einsichtig genug, anzuerkennen, daß diese Pläne zur Befreiung bestimmter Personen Folgen der verwerflichen Seite sind, die sie selber gegen diese „bestimmten Personen“ treibt.

### Die gefälschten Dokumente.

Berlin, 2. April. Von den zuständigen deutschen Stellen der Nachrichtenabteilung des Hauptquartiers Amtes, des Generalstabes, des Reichsbank und der Deutschen Post ist gestern festgestellt worden, daß die sogenannten deutsch-sowjetischen Dokumente von Anfang bis zu Ende eine Fälschung darstellten. Derzeit ist festgestellt, wie die B. Z. meldet, auch seitens der zuständigen ameri-